

Programmänderung in Moskau

Weitere Besprechungen Chruschtschow - Macmillan — Jagdausflug abgesagt

Moskau (ap/dpa). Der britische Premierminister Macmillan hat überraschend einen für Mittwoch vorgesehenen Jagdausflug in die Umgebung Moskaus abgesagt. Er will statt dessen seine Besprechungen mit Ministerpräsident Chruschtschow in einer Datscha fortsetzen, die ihm in der Nähe Moskaus für die Zeit seines Aufenthalts zur Verfügung gestellt wurde.

Ob die nach einem Essen für Chruschtschow und die sowjetische Regierung in der britischen Botschaft bekanntgegebene Änderung des Programms als Beweis dafür gewertet werden kann,

Macmillan nicht sparte. Er nannte ihn einen „Mann des Friedens“ und wies nachdrücklich darauf hin, daß Macmillan zur Zeit der Genfer Konferenz britischer Außenminister gewesen war. „Der Geist von Genf war Ihnen zu verdanken.“

Chruschtschow hob mehrere Male hervor, er glaube, daß das Gespräch mit Macmillan einen Erfolg bringen werde, denn „wir glauben, daß Sie eine Einigung wünschen, auch wenn nicht alle Hindernisse auf einmal beseitigt werden können“. Er halte es unter den gegenwärtigen Umständen für möglich, „vernünftige Lösungen zu finden, die beide Seiten befriedigen. Wir sollten erkennen, daß es für freundschaftliche Beziehungen zwischen uns keine Hindernisse gibt. Wir leben alle auf demselben Planeten und erfreuen uns derselben Sonne und derselben Luft. Lassen Sie uns die Weisheit aufbringen, die Frieden schafft.“

Macmillan hatte zuvor erklärt, trotz aller Meinungsverschiedenheiten gebe es eine Sache, an der ein gemeinsames Interesse bestehe: „Dieses gemeinsame Interesse ist der Frieden. Trotz aller Schwierigkeiten sollten wir einen Weg finden, um gemeinsam der Sache des Friedens zu dienen.“ Macmillan wies mehrere Male auf den gemeinsamen Kampf Großbritanniens und der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg hin und hob den Anteil der Roten Armee am Siege hervor. „Wir werden auch weiter-

hin die glorreiche Erinnerung an diese heldische Zeit hochhalten.“

Bisher drei Gespräche

Die drei bisherigen Gespräche Macmillans mit Chruschtschow — zwei „private“ am Sonntag und ein „offizielles“ am Montag — haben zusammen fünfeinhalb Stunden gedauert, was praktisch wegen der Notwendigkeit des Übersetzens auf eine tatsächliche Gesprächsdauer von knapp zwei Stunden hinausläuft. Über den Inhalt war offiziell bisher nichts zu erfahren.

In unterrichteten Kreisen wurde erklärt, neben der Berlin-Frage werde auch das Problem der internationalen Kontrolle eines Atomversuchsverbotes und einer Abrüstungsvereinbarung eine große Rolle spielen.

Die zweieinhalbstündige Konferenz am Montag fand in Anwesenheit der beiden Regierungschefs, der beiden Außenminister, des Stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan, der britischen und sowjetischen Botschafter in London und Moskau und einiger anderer Diplomaten am Kreml statt.

Ein Schrank für Chruschtschow

Als Gastgeschenk überreichte Macmillan dem sowjetischen Regierungschef einen Schrank aus dem Jahre 1716. Außerdem überreichte er seinem Gastgeber zwei silberne Leuchter aus dem 18. Jahrhundert. Frau Chruschtschow, die allerdings nicht anwesend war, erhielt ein silbernes Teeservice und die Frau des sowjetischen Außenministers Kristallgläser für 24 Personen.

20 000 werden aus der Zone erwartet

Frankfurt (dpa/ap). Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages wird in den nächsten Tagen erste mündliche Verhandlungen mit sowjetzonalen Regierungsstellen über die Beteiligung evangelischer Christen aus Mitteldeutschland am Kirchentag in München führen. Wie der Generalsekretär des Kirchentages, Pastor Giesen (Fulda), mitteilte, werden aus der Sowjetzone insgesamt 20 000 Dauerteilnehmer erwartet. Das Präsidium rechnet mit insgesamt 70 000 Dauerteilnehmern, von denen etwa ein Drittel Jugendliche sein werden.

daß die zweieinhalbstündige Konferenz am Montag im Kreml eine neue Entwicklung gebracht hat, die Macmillan die Fortsetzung der Gespräche vordringlich erscheinen läßt, ist nach Ansicht diplomatischer Beobachter nicht sicher. Teilnehmern an dem Essen fiel jedoch auf, daß Chruschtschow in seiner Tischrede mit Lob für

Die nächsten drei Monate

K. W. B. Vor drei Monaten hat Chrustschow mit seiner Berlin-Bombe den Westen herausgefordert. Bis Ende Mai sind drei weitere Monate für Möglichkeiten der Provokation noch im sowjetischen Terminkalender. Was wir erwarten haben, ist eingetroffen: Der Druck aus Chrustschows Kreml ist nicht schwächer geworden. Er hat zugenommen. Auch wenn sich die Rede des Kreml-Herrn in der Waffenstadt Tula in Ton und Gebärde als Taktik, wie sie die Sowjets verstehen, werten läßt, darf der Westen ruhig erkennen, daß ihm in den Wochen der Vorbereitung für die Verhandlungen von morgen noch manches und vermutlich viel Größeres zugemutet werden wird. Der Karikaturist einer großen Zeitung sieht die Proportionen richtig, der den Besucher Macmillan am Steintempel Chrustschows mit einer Pinzette herunklopfen sieht, um die „weiche Stelle“ am Koloß der Gewalt herauszufinden. Als solcher Pfadfinder faßt ja wohl Englands Premier seine Reise ins Land der Drohungen auf. Und nach dem, was zwischen der forcierten Einladung an Englands Ministerpräsidenten und heute geschehen ist, muß man annehmen, daß der Reise jetzt mehr Bedeutung zukommt als der des Alleingangs eines Mannes, der für sich und seine Politik diese Verbindung braucht.

*

Es ist in Europa einiges geschehen, was dem Chef der britischen Regierung mehr als ein nur nationales englisches Prestige zuschreibt. Die Engländer haben in dieser Woche mit der Zustimmung zur Freiheit Zyperns ein europäisches Exempel geliefert, wie es eindrucksvoller die qualvolle Geschichte der europäischen Einigung in den Nachkriegsjahren nicht kennt. Daß die Einigung nach vier Jahren blutiger und aussichtslos scheinender Auseinandersetzungen jetzt selbst für die politischen Realisten überraschend zustande kam, erklärt sich aus der europäisch-atlan-

tischen Einsicht, die gerade in diesen Wochen alle Kontrahenten erfaßt hatte. Gewiß hat der amerikanische Einfluß wohl den Zeitpunkt bestimmt. Doch gegenüber der melancholischen Überlegung, daß die Europäer offensichtlich nur unter dem Druck von Gefahr und Not zur Einigung kommen, wiegt doch schwerer die schöne Erkenntnis, daß das nationale Prestige und die harten nationalen Gegensätze in eine europäische Lösung eingebracht werden könnten. Mögen selbst bei den Engländern Sentiments, bei den Griechen und Türken Unzufriedenheiten und Bedenken zurückbleiben — denn der Status Zyperns ist ja eine Schreibtschkonstruktion, deren Lebensfähigkeit erst die Praxis erweisen muß —; die Einsicht, daß Europa zwischen Griechen, Türken und Engländern gemeinsame Auffassungen gegenüber der gemeinsamen Gefahr braucht, hat das bislang unentwerrbar scheinende Knäuel nun entknotet.

Mit dem Entschluß, die Zypern-Frage zu lösen, hat sich Europa sichtlich verstärkt. Mag man bei den griechisch-türkischen Verhandlungen in Zürich, bei den abschließenden Besprechungen in London und auch den Vorkonferenzen im State Department nicht Deutschland und Berlin im Munde geführt haben, so hat doch die Drohung aus Moskau die Entschlußkraft befügelt. Die Engländer sind an dieser Entwicklung besonders beteiligt. Und wer ihnen nachsagen wollte, sie hätten nur resignierend einer unaufhaltsamen Bewegung sich schließlich zugesellen müssen, verkennt, wie sehr ihre Politik mehr und mehr darauf zielt, die europäische Sache zu der ihren zu machen, ja in ihr eine Führungsrolle zu übernehmen.

*

Vor einigen Wochen hatte die Reiseabsicht Macmillans nach Moskau in manchen europäischen Hauptstädten, in Paris und Bonn nicht minder, noch dies und jenes Stirnrunzeln zur Folge. Die Ereignisse und die inzwischen mehrfach ausgesprochene Deutlichkeit, mit der der britische Premier die gegen Deutschland und Berlin gerichteten Attacken Chrustschows als eine Europa betreffende und also von Europa abzuwehrende

Aktion kennzeichnete, machen ihn und seine Reise jetzt schon zu einem Anfang für das Duell der Verhandlungen, das zwischen dem Osten und der übrigen Welt um Deutschland geführt werden muß.

Vielleicht schwingt noch mancherlei Befürchtung mit, die gerade London als den „flexibelsten“ Faktor im westlichen Bündnis bewertet, der nun dem Polterer aus Moskau zuerst begegnen muß — vielleicht auch die weitere Sorge, daß gerade die gerühmten diplomatischen Künste Macmillans ein untauglicher Partner für das Radau-Temperament des Kreml-Herrschers sein könnten. Man muß aber die traditionell gelassene Sprache Londons kennen, um zu begreifen, wieviel Macmillan sich vorgenommen hat, wenn er im Unterhaus jetzt sagte, er werde auf seiner Reise die nunmehr sehr gefestigte europäische Haltung gegenüber der gefährlichen sowjetischen Drohung an Berlin und Deutschland mit dem vergleichen, was die Sowjets selbst zu ihren Plänen und Absichten zu sagen hätten. Hieraus werde sich dann in sogleich nachfolgenden Besprechungen mit Washington, Paris und Bonn ein Aktionsprogramm entwickeln lassen.

Wie auch immer die Antwort aus Moskau auf das westliche Angebot nun ausfallen wird — in der Begegnung des britischen Premiers mit Chrustschow wird sich schon mindestens eine Ausdeutung ablesen lassen für das, was an Härte, Umfang und Möglichkeiten der künftigen Auseinandersetzung zu erwarten ist. Damit der Krieg, von dem Chrustschow in dieser Woche laut wie nie zuvor gesprochen hat, ihm selbst als seinem möglichen Urheber grausam gewiß wird, muß ihm die harte Entschlossenheit des Westens auch im Gespräch offenbar werden. Selbst aus den Ländern des neutralen Gürtels, auf die die Sowjetunion so gern als Hilfstuppe hoffte, mehrten sich dank Moskaus zunehmender Aggressivität die Zustimmungen und die Hilfsangebote an die westliche Welt. In diesem Klima müssen Gespräche hart sein. Wir hoffen, daß in solchem Sinne die Verhandlungen um Berlin und Deutschland schon begonnen haben.

Zypern in einem Jahr unabhängig

Der Inhalt des Londoner Abkommens — In westliches Militärbündnis eingegliedert

London/Nikosia (ap/dpa). Der Wortlaut des Londoner Abkommens über die Unabhängigkeit der Insel Zypern ist jetzt veröffentlicht worden. Das Abkommen besteht aus einem Garantievertrag zwischen Zypern, Griechenland, Großbritannien und der Türkei und einem Bündnisvertrag zwischen Zypern, Griechenland und der Türkei über die militärische Zusammenarbeit im östlichen Mittelmeer. Zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit, Verfassung und inneren Sicherheit soll die künftige Republik Zypern in ein internationales Vertragssystem eingegliedert werden. Spätestens am 19. Februar 1960 soll die Insel unabhängig sein. Das Abkommen berechtigt ferner die britische Regierung zur Beibehaltung von zwei Militärstützpunkten auf der Insel, die einen exterritorialen Status genießen und unter absoluter britischer Kontrolle stehen werden.

In dem Garantievertrag verpflichten sich Griechenland, die Türkei und Großbritannien, die Unabhängigkeit, Unversehrtheit und Sicherheit der Republik Zypern zu gewährleisten, die Prinzipien der Verfassung aufrechtzuerhalten und sowohl eine Teilung der Insel als auch ihren Anschluß an ein anderes Land zu verhindern. Bei einer Verletzung des Abkommens sind Konsultationen zwischen den drei Mächten vorgesehen. Eine Notklausel ermächtigt überdies jeden der drei Staaten, allein Schritte zur Wiederherstellung des im Londoner Abkommen festgelegten Status von Zypern zu unternehmen, falls dieser Status gefährdet ist.

Ein Hauptquartier

Der Vertrag über die militärische Zusammenarbeit sieht die Errichtung eines gemeinsamen militärischen Hauptquartiers auf Zypern vor. 950 griechische und 650 türkische Offiziere und Soldaten sollen auf der Insel stationiert sein und die zypriischen Streitkräfte ausbilden, deren Gesamtstärke auf 2000 Mann begrenzt ist. Das Oberkommando soll jährlich zwischen einem zypriischen, einem griechischen und einem türkischen General wechseln. Großbritannien behält zwei Stützpunkte. Außerdem hat es das Recht, bestimmte Anlagen und Straßen, den Hafen von Famagusta und den Flugplatz Nikosia zu benutzen sowie die Insel unbeschränkt zu überfliegen.

Gemeinsames Parlament

Die künftige Verfassung der Republik Zypern soll die Schaffung eines Präsidialsystems

nach amerikanischem Vorbild sichern. Präsident wird ein Zypern griechischer Abstammung, Vizepräsident ein türkischer Zypern. Das Kabinett soll sich aus sieben Griechen und drei Türken zusammensetzen und seine Entscheidungen mit absoluter Mehrheit treffen. Es gibt ein gemeinsames Parlament für die Insel. Außerdem erhalten beide Bevölkerungsgemeinschaften noch eigene Kammern, in deren Zuständig-

keit religiöse, kulturelle und Erziehungsfragen stehen sollen. Bei allen internationalen Abkommen Großbritanniens, Griechenlands und der Türkei ist Zypern eine Vorzugsstellung einzuräumen.

Der Entlassung von über 900 politischen Häftlingen aus den britischen Internierungslagern auf Zypern folgte die Aufhebung einer Reihe von Notstandsverfügungen. Auf der ganzen Insel kehrt inzwischen das normale Leben wieder ein.

Vertrauensfrage

Im griechischen Parlament forderte Ministerpräsident Karamanlis zu Beginn der Zypern-Debatte die Abgeordneten auf, der Regierung für die Behandlung des Zypernproblems das Vertrauen auszusprechen. Die Oppositionsparteien antworteten mit einem Tadelantrag, in dem die Regierung beschuldigt wird, die Verhandlungen schlecht geführt zu haben.

Chruschtschow brüskiert Gäste

Außenminister-Konferenz strikt abgelehnt

Moskau (ap/dpa). Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat den Vorschlag der Westmächte für eine Außenminister-Konferenz der großen Vier als unannehmbar bezeichnet. Er forderte statt dessen eine Konferenz der Regierungschefs, die sich mit dem sowjetischen Friedensvertragsentwurf und anderen internationalen Fragen befassen solle. Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung lehnte Chruschtschow erneut ab, forderte aber die Westmächte auf, endlich die „DDR“ anzuerkennen. Großbritannien schlug Chruschtschow den Abschluß eines Nichtangriffspaktes über 20 oder auch über 50 Jahre vor. In den westlichen Hauptstädten hat die Rede Chruschtschows Enttäuschung und Überraschung hervorgerufen.

Chruschtschow, der auf einer Wählerversammlung seines Moskauer Wahlbezirkes sprach, gab für die Ablehnung des westlichen Konferenz-Vorschlages

zwei Gründe an: einmal sei eine Viermächte-Konferenz unannehmbar, weil dies die anderen Staaten, die am Krieg gegen Deutschland beteiligt waren, ausschließen würde. Er nannte in diesem Zusammenhang Polen und die Tschechoslowakei. Zum anderen erklärte er, der Gedanke einer Viermächte-Außenministerkonferenz wäre vor 14 Jahren gerechtfertigt gewesen, jetzt jedoch überholt. „Unser Außenminister ist ein vielbeschäftigter Mann. Ich kann mir nicht vorstellen, warum er seine Zeit mit fruchtlosen Gesprächen verschwenden sollte.“

Chruschtschow beschuldigte die Westmächte, sie wollten die Sowjetunion in ein Labyrinth diplomatischer Gespräche, in einen „Sumpf ohne Ausweg“, führen und der Sowjetunion in der Deutschlandfrage ihren Willen aufzwingen. Nachdrücklich warnte er die „Hitzköpfe im Westen“ vor einer gewaltsamen Lösung der Berlin-Frage.

In den Betrieben herrscht „Opportunismus“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht). In den mitteldeutschen Großbetrieben geht in diesem Jahre die Kontrolle frühzeitig los. Es gibt einen Tag der Exportkontrolle, Tag der Massenkontrolle, Tag der Gütekontrolle, Tag der Qualitätskontrolle usw. Die SED schadet sich durch die Antreibermethoden selbst und verärgert die Menschen, die sie zur Planerfüllung so dringend braucht.

LAUCHHAMMER

Tanzmusikerkonferenz in Lauchhammer. Das Kulturministerium der Zone ließ in Lauchhammer feststellen: „Die Tanzmusik und die Schlagerlieder müssen einen parteiischen und klassenmäßigen Inhalt haben.“ Der Textdichter des Liedes mit dem Schlusssatz „ich gehe durch die Straßen, ohne Ziel...“ habe vergessen, daß in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung kein Mensch ohne Ziel sei. Künftig solle eine sozialistische Romantik und Moral in den neuen Schlagern zum Ausdruck kommen. In Schwarzheide-Wandelhof wurde der neue „Lipsi“ vorgeführt, der als neuer Gesellschaftstanz „popularisiert“ wird. Die westlichen Jazzmusiker wurden als lästige Geräuschemacher und „Bockwurstjödler“ bezeichnet.

GREIFENHAIN

„Steigerung der Arbeitsproduktivität“ ist das große Schlagwort. Im Braunkohlenwerk Greifenhain wurde folgender Wettbewerb für 1959 ausgerufen: „Im Rationalisierungswettbewerb die Zahl der Vorschläge von 55 im Jahre 1958 auf 75 zu erhöhen. Die Zahl der davon abgelehnten Vorschläge nicht auf über 7 Stück zu erhöhen. Die Realisierungsdauer je Vorschlag nicht über 30 Tage zu verzögern und einen effektiven Nutzen von 25 000 DM je Quartal zu erreichen. Als materieller Anreiz wurde für jeden Sieger pro Quartal ein Sachwertgegenstand im Wert von 600 DM ausgesetzt. Mindestbedingungen für einen Quartalsieger sind folgende Einsparungssummen: Bei einem Produktionsarbeiter 6000 DM

und bei einem Angehörigen der Intelligenz 40 000 DM.“

Kampfausbildung für Kumpels. In der Betriebszeitung „Die Steilfahrt“ berichtet ein Kumpel über einen Lehrgang für Kämpfer der Betriebskampfguppen. „Die Hauptthemen waren: Aufgaben der Kampfgruppen bei Bekämpfen des Feindes in Verbindung mit der Volkspolizei, taktische Übungen und Waffenausbildung an Handfeuerwaffen. Wenn in unseren Kampfgruppen schon die Disziplin herrschen würde, wie auf dem Lehrgang, könnten wir zufrieden sein. Leider ist es, wie wir selbst wissen, noch lange nicht der Fall. Das Ziel der Partei muß es sein, die Schlagkraft der Partei ständig zu stärken, denn in der Westzone marschiert heute die Fasisierung, die Militarisierung und die Diktatur des Monopolkapitals.“

BÖHLITZ-EHRENBURG

Die VEB Kugellagerfabrik verpflichtete sich für 1959 zur Produktion von 3000 Schulschränken, 4000 Flurgarderoben und 50 000 Motorrad-Rückspiegeln. Der Einsatz von Rentnern und Hausfrauen wird dazu gefordert, auch Halbtagsarbeit will das Werk einführen.

Der Ausschuß ist gestiegen. Die Betriebszeitung „Das Freundschaftslager“ schreibt: „Unser Firmenzeichen ‚DFK‘ innerhalb des Völkerschichtdenkmals sollte für die Qualität unserer Erzeugnisse bürgen, deshalb ist es mit der Ehre unserer Kollegen nicht vereinbar, wenn der Produktionsausschuß in den letzten Monaten um 30 % stieg, obwohl der Materialausschuß um 40 % sank.“ Die gleiche Betriebszeitung schreibt an anderer Stelle: „An einem Tage mußten drei bis vier Postsäcke mit Schund- und Schmutzliteratur beschlagnahmt werden. Unter diesem Begriff Schund- und Schmutzliteratur fallen alle die 10- und 20-Pfennig-Romane, die eine Verherrlichung der bürgerlichen Ideologie und des kapitalistischen Systems darstellen. Für die Familiendramen eines Fürsten und Rittergutsbesitzers oder

die heroischen Taten eines ‚Superman‘ und ‚Tarzan‘ ist in unserer Gesellschaft kein Platz mehr. Nicht nur Liebes-, Kriminal- und Wildwestromane sind ein gutes Mittel zur Ablenkung von unseren Aufgaben im Kampf um die Erhaltung des Friedens und den Aufbau des Sozialismus. Auch ein großer Teil der Tageszeitungen, Zeitschriften und andere Literaturerzeugnisse aus dem Westen dienen diesem Zweck.“

SENFTENBERG

23 Jugendweihfeiern im März und April: Der Kreis Senftenberg soll an der Spitze der Liste der Teilnehmer an der Jugendweih im Bezirk stehen. Im Braunkohlenwerk Senftenberg seien es 75 % der Schulentlassenen. Trotz dieser Erfolge zeige sich aber, daß das gesteckte Ziel, 90 % aller Schulentlassenen zu gewinnen, nicht erreicht wurde. Jetzt sollen die Jugendlichen und die Eltern „intensiver“ gewonnen werden.

Beschlüsse werden nicht durchgeführt. Die Betriebszeitung des BKW Senftenberg „Die Presse“ schreibt: „Die Nichtdurchführung von Beschlüssen ist ‚Opportunismus‘ und hindert uns im Ringen bei der Erreichung unseres Zieles und muß überwunden werden. Organisieren wir allseitig den Kampf um die Durchführung der Beschlüsse. Wo Überzeugungsarbeit nicht ausreicht, sind Parteierziehungsmittel anzuwenden.“

Gemeinsame Plattform

Berlin (dpa). Der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände Paulsen, begrüßte auf einer Kundgebung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ in Konstanz, daß in der Berlin-Aktion die Plattform zum gemeinsamen Handeln von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefunden worden sei. Paulsen nannte es die Aufgabe beider Seiten, gemeinschaftlich die freiheitliche Ordnung zu verteidigen, die Gewerkschaften und Unternehmern eine freie Partnerschaft ermögliche.

Raum für neue Vorschläge

Eleanor Dulles sprach über Deutschland-Verhandlungen

Washington (dpa/ap). In den Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Zukunft Deutschlands wird es „einigen Raum für neue Vorschläge“ geben. Mit dieser Erklärung nahm die Schwester des amerikanischen Außenministers, Eleanor L. Dulles, zum jüngsten Stand der Ost-West-Diskussionen Stellung. In einer Rede vor der Universität Milwaukee wies Frau Dulles darauf hin, daß der Westen zur Zeit erwäge, der Sowjetunion eine Verminderung der sowjetischen Kontrolle über die Sowjetzone vorzuschlagen, um mit diesem Schritt den Weg „für neue Pläne hinsichtlich der Beziehungen der beiden Teile Deutschlands und Berlins“ zu ebnen.

Frau Dulles, die als persönliche Referentin des Leiters der Deutschlandabteilung im amerikanischen Außenamt tätig ist, betonte, daß der sowjetische Entwurf für eine Friedensregelung in Deutschland aufs neue den grundsätzlichen Gegensatz zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Auffassung habe hervortreten lassen. Die USA hätten aus den Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg mit dem Versailler Frieden lehrreiche Konsequenzen gezogen. Die konstruktive Wiederbelebung Deutschlands sei das Ziel der USA-Politik. Im Gegensatz dazu stehe die Politik der Sowjetunion, die offensichtlich kein starkes Deutschland wolle.

In diesem Zusammenhang erwähnte Frau Dulles auch das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Hier könne sich nur dann etwas Neues ergeben, wenn das sowjetzonalen Regime etwa dadurch gelockert würde, daß die Kirchen und Schulen frei predigen und lehren dürften und das Polizeisystem dem einzelnen größere Freiheit gewährt. Über das

Verhältnis der Truppenstärken in Mitteleuropa meinte Frau Dulles, daß die Deutschen in solchen Fragen am besten selbst

beurteilen könnten, was nötig sei. „Wer könnte besser als die Deutschen feststellen, was sie an Waffen brauchen, um die innere Sicherheit aufrechtzuerhalten und um in dem Machtkampf der Zukunft einen gesunden Weg einzuhalten.“

Vorbild edelsten Christentums

Zum 30. Todestag von Dr. Carl Sonnenschein

Von 1918 bis 1929 lebte in der Reichshauptstadt Berlin ein Mann, dem aus allen Schichten der Bevölkerung ein ganz besonderes Vertrauen entgegengebracht wurde, und dem man nachrühmen durfte, daß er in den Augen seiner Mitmenschen als Helfer, Großstadtseelsorger und Notwender angesehen und anerkannt war.

Das Wesentliche dieses Mannes mit dem ihn so bezeichnenden Namen war in Wirklichkeit der Sonnenschein, der von ihm ausging und sein heißes Strahlen in ungezählte Herzen warf. Als ein gesegneter und begnadeter Priester, wie wir nur wenige von seinem Format haben, ist er in die Geschichte der großen Sozialpolitiker eingegangen.

Dr. Carl Sonnenschein, der am 15. Juli 1876 in Düsseldorf geboren wurde, starb am 20. Februar 1929, dreifünfundzigjährig. Zehn Jahre seines caritativ-sozialen Lebens brachte er in Berlin zu. Die zehn Jahre Berliner Tätigkeit erschöpfte und erfüllte sich an Hunderttausenden von Hilfs-suchenden, Gestrandeten, Armen und Verlassenen, ohne Ansehen der Person, der Herkunft, der Weltanschauung und der Parteizugehörigkeit. Diesen Entwurzelten weihte er in nimmermüder Liebe und Sorgfalt sein ganzes Leben. Breit wie die Anlage seiner Sozialarbeit war dann auch die Antwort Berlins: die Katholiken sahen in ihm ihren Vater; die evangelischen Christen liebten ihn; die Juden ehrten ihn; die Sozialisten rühmten seine Gerechtigkeit und die Kommunisten erwiesen ihm ihre Hochachtung.

Die Not der Weltstadt war riesengroß und durchbrach systematisch das Programm, mit dem Sonnenschein nach Berlin gekommen war: sein ureigenstes Unternehmen sah er zunächst in einer umfassenden Belegung der sozial-studentischen Arbeit als soziale Bildungsarbeit unter den Studierenden und als Erziehungsbeitrag zu einem im Alltag gelebten Christentum der Caritas. Aber auch späterhin, in seiner die Not ganz Berlins umgreifenden Caritas, blieb Sonnenschein diesem Anliegen als Studentenseelsorger mit der ganzen Glut seines Herzens in heißem Bemühen und im Sinne seines apostolischen Auftrags treu.

Sein Büro, in dem er vom frühen Morgen bis in die späte Nacht lebte, plante und arbeitete, lag in der Gergenstraße 44, unweit des großen Zentralbahnhofs Friedrichstraße. Dieses weit und breit bekannte Büro wurde zu einem sozialen und karitativen Kraftzentrum ersten Ranges.

Bei seiner Beerdigung, am 24. Februar 1929, gaben dem großen Toten über zwölftausend Menschen den zwölf Kilometer weiten Weg von der Hedwig-Basilika bis zum Hedwig-Friedhof in der Liesenstraße (im Norden Berlins) das Geleit. Im Gefolge des allzufrüh Dahingegangenen sah man Menschen aus allen Volksschichten, Alte und Junge. Dieser Tote, den sie da hinausstrugen in den kalten Februartag, war der Apostel Berlins. Ungezählten Tausenden hatte er Trost und Hilfe gesendet, für zahllose unbekannte Menschen war er die letzte Hoffnung, die letzte Rettung gewesen. Zu allerletzt war sein in Gnade priesterlich erfülltes Leben ein für seine Mitmenschen durchlittenes Leben.

M. G.

Gefängnis für Blechingberg

Dänischer Botschaftsrat verrät NATO-Geheimnisse

Kopenhagen (ap/dpa). Der ehemalige Leiter der Handelsabteilung in der dänischen Botschaft in Bonn, Einar Blechingberg, ist vom Stadtgericht Kopenhagen wegen Spionage zugunsten des polnischen Geheimdienstes zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. Blechingberg gab in dem aufsehenerregenden Prozeß zu, aus dem Archiv der Botschaft elf Dokumente an einen deutschsprechenden polnischen Agenten namens Baumgarten übergeben zu haben. Der in Schulden geratene ehemalige Diplomat hatte von polnischen Vertretern ein Darlehen in Höhe von 6900 Kronen angenommen. Wie Blechingberg angab, hatte man ihn

mit der Androhung, diese Tatsache zu veröffentlichen, erpreßt.

Nach einem Bericht des dänischen Außenministeriums waren vier der elf von dem Verurteilten unberechtigt weitergegebenen Dokumente Geheimpapiere, von denen jedoch nur zwei möglicherweise in den Händen Unbefugter staatsgefährdend werden konnten. Nach Mitteilung des Anklägers befaßten sich einige der Dokumente mit einem Plan, in der Ostsee ein gemeinsames deutsch-dänisches Marinekommando zu schaffen, und mit der NATO-Konferenz in Kopenhagen.

NATO-Boycott beendet

Athen (ap/dpa). Nach dem erfolgreichen Abschluß der Zypern-Konferenz hat die griechische Regierung beschlossen, wieder voll in der NATO mitzuarbeiten. Bereits in den nächsten Tagen werden die dem NATO-Hauptquartier Südost in Izmir zugeteilten griechischen Offiziere nach der Türkei zurückkehren, die sie im letzten Sommer, als die Zypern-Krise ihren Höhepunkt erreichte, verließen. Griechische Militäreinheiten werden ferner wieder gemeinsam mit türkischen und britischen Einheiten an Manövern teilnehmen.

Der seit vier Jahren bestehende Ausnahmezustand auf Zypern ist aufgehoben worden. Gleichzeitig wurden alle Mitglieder der Untergrundbewegung EOKA amnestiert und alle politischen Schutzhäftlinge entlassen.

Ulbricht will Spaltung

Berlin (Eigenmeldung). Der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, warf der SED vor, daß sie die Spaltung Deutschlands durch einen separaten Friedensvertrag für die Sowjetzone verewigen wolle. In einer Ansprache über den RIAS erklärte Thedieck: „Einem jeden, der sich einen unbefan-

fangenen Blick für die Verhältnisse in der sogenannten DDR bewahrt hat, ist es klar, daß die Nutznießer der Teilung Deutschlands, die SED, und die von ihr abhängigen Organisationen das allergeringste Interesse daran haben, daß eine Viermächte-Konferenz hinsichtlich der Wiedervereinigung. Erfolge erzielt. Deshalb bemüht sich Herr Ulbricht schon jetzt zu verkünden, was nach einer gescheiterten Konferenz geschehen möge: ein einseitiger Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und der Sowjetzone soll die Spaltung Deutschlands verewigen.“

Genf in der Sackgasse

Genf (ap). Die Krise, in der sich die Genfer Konferenz über eine kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche befindet, konnte auch auf der 60. Sitzung der drei Atommächte nicht überwunden werden. Der sowjetische Chefdelegierte Zarapkin beschuldigte die USA, ihren Vorschlag über die Weiterführung „friedlicher Kernexplosionen“ auch nach Beginn des Versuchsstopps als Trick zu benutzen, um das angestrebte Verbot zu umgehen. Zarapkin erklärte jedoch gleichzeitig, die Sowjetunion werde einer beschränkten Anzahl solcher Versuche zustimmen, falls sowjetische Wissenschaftler die zur

Verwendung kommenden amerikanischen Kernwaffen genau untersuchten.

Politische Beobachter in Genf vertreten die Auffassung, daß in Kürze über die Frage entschieden wird, ob man die Genfer Besprechungen vertagen oder gar abbrechen wolle. Eine Entscheidung darüber dürfte unter anderem auch vom Erfolg oder Mißerfolg der entsprechenden Gespräche des britischen Premierministers Macmillan in Moskau abhängen.

Otto Bartning †

Darmstadt (dpa). Der Präsident des Bundes Deutscher Architekten, Prof. D. Dr. Otto Bartning, ist im Darmstädter Elisabethenstift im Alter von 75 Jahren gestorben. Bartning hatte noch an einer Sitzung des Vereins Neue Künstlerkolonie teilgenommen. Bei seiner Rückkehr erlitt er einen Schwächeanfall.

DT. Professor Bartning, Senior des evangelischen Kirchenbaues im 20. Jahrhundert in Deutschland, verstarb auf der Höhe seines Schaffens. Am 12. April 1883 in Karlsruhe geboren, fiel Bartning durch seine Bestrebungen auf, die Gliederung des Kirchenbaues so zu halten, daß die Bewegung der Gläubigen, ja schon das Einströmen in die Kirche, zu einer sichtbaren, feierlichen Handlung werde. So sprach er von einer Feierkirche und lehnte die Predigtkirche mit ihrer starren Raumordnung ab. Mit einem sternförmigen Entwurf stieß er hier zum erstenmal vor, schuf dann die große transportable Stahlkirche mit einer Überfülle von Glasfenstern für die „Pressa“ in Köln 1928. Im Jahre 1934 erbaute er u. a. die Gustav-Adolf-Kirche in Charlottenburg.

Als Direktor der Staatlichen Bauhochschule in Weimar konnte Bartning in den Jahren 1926 bis 1930 seine Grundgedanken des modernen Kirchenbaues in stiller Arbeit heranreifen lassen und übertrug seine schöpferischen Anregungen freimütig dem Nachwuchs. Seit 1949 Präsident des Bundes Deutscher Architekten, hat Professor Bartning in vielen Fällen Bauprojekte beratend mitfördern können.

Säbelrasseln

DT. Man hat sich daran gewöhnt, daß bei hohen Militärs, vor allem bei sowjetischen, die edle Tugend der Bescheidenheit unterentwickelt ist zugunsten einer ins Kraut schießenden Selbstgefälligkeit, die prahlerisch die eigene Schlagkraft überbewertet. Solch Säbelrasseln paßt schlecht zur Ehrung derer, die dem mörderischen Krieg zum Opfer fielen. Uns alle lehren jedenfalls die Denkmäler, auch in Treptow und im Tiergarten, daß nie wiederholt werden darf, was durch Waffengewalt geschehen ist. Aber während hier am 41. Gründungstag der Roten Armee Kränze niedergelegt wurden, nahmen die sowjetischen Marschälle in Moskau die Gelegenheit wahr, um stolz auf die Fortschritte ihrer Raketenbewaffnung hinzuweisen. Beruhigung oder Beunruhigung der Welt? Die Frage erübrigt sich beim Anhören der gleichzeitigen Drohungen, die in den Ausführungen mitklingen, und nicht nur als Untertöne.

Man sollte derartige Kommentare grimmiger Generale nicht überbewerten. Aber in der Sowjetunion ist auch die Sprache der maßgebenden Generalität (wenn sie sprechen darf) ein bestimmter Teil der offiziellen Politik. Säbelrasseln in diesem Vorstadium von Verhandlungen, um deren gute Vorbereitung sich der britische Premierminister zur gleichen Zeit in Moskau bemüht, ist nicht nur eine „taktische Maßnahme“ zur Bildung einer günstigen sowjetischen Ausgangsposition am Konferenzisch. Es handelt sich auch nicht nur um die jährlich wiedererklingenden Routinereden. Vielmehr steckt dahinter sozusagen eine militär-pädagogische Absicht, gegen die im Westen alle erzieherischen Versuche einer „psychologischen Verteidigung“ geradezu rührend anmuten. Bis hinunter in die sowjetischen Einheiten in Mitteldeutschland erstreckt sich der Plan, die Soldaten im „Haß gegen die Imperialisten“ zu schulen und ihnen das Gefühl absoluter Stärke zu geben.

Falsche Darstellung des möglichen oder auch nur eingebil-

deten Gegners, grenzenlose Selbstüberschätzung und ein pathetisches Grollen hinter kontinentalen und interkontinentalen Raketen von kurzer, mittlerer und langer Reichweite —

so präsentiert sich die sowjetische Generalität: vor sich selbst, vor ihren Untergebenen und vor der westlichen Welt. Aber vermag solches Gebabe wirklich noch zu imponieren?

Krone verzichtet auf Kandidatur

Keine Angabe von Gründen — Die Suche geht weiter

W. Bonn (Eigenbericht). Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Heinrich Krone, der als aussichtsreichster Anwärter auf das Amt des Bundespräsidenten galt, hat erklärt, er sei nicht bereit, sich als Kandidat für die Wahl aufstellen zu lassen. Er hat diese Mitteilung zuerst Bundeskanzler Adenauer in einer Unterredung unter vier Augen gemacht und sie vor dem Fraktionsvorstand wiederholt. Damit ist die CDU/CSU nun vor die Notwendigkeit gestellt, einen neuen Kandidaten zu suchen. Dr. Adenauer hatte für Dienstag zum erstenmal den zwölfköpfigen Kreis der Parteilührung zusammengerufen, um darüber zu beraten.

Eine neue Lösung zeichnet sich noch nicht ab. Von bekannten Politikern werden vor allem Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard und Bundesfinanzminister Ertzel genannt, jedoch ist es bei beiden zweifelhaft, ob sie ihre Ämter gegen den Präsidentenposten eintauschen wollen. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier hat das bereits ausdrücklich für seine Person abgelehnt. Unter diesen Umständen ist es möglich, daß die CDU/CSU sich nach einer Persönlichkeit außerhalb des Kreises der Bonner Politiker umsieht.

Dr. Krone gab für seinen Entschluß keine besonderen Gründe an. Er erklärte nur, er wolle an seinem Platz in der CDU/CSU-Fraktion bleiben, und fügte im übrigen hinzu, daß er sich nie um die Kandidatur für die Präsidentschaft beworben oder dazu geäußert habe. Im jetzigen Zeitpunkt fühle er sich aber zu einer solchen Stellungnahme vor seinen Freunden verpflichtet, von denen ein großer

Teil, wie er wisse, seine Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten gewünscht habe. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Oberkirchenrat Ciljen, stellte daraufhin fest, daß Krone vor seinen Freunden noch nie unüberlegt gesprochen habe und es sicher auch jetzt nicht anders sei.

Erhard nominiert

W. Bonn (Eigenbericht). Bundeswirtschaftsminister Prof. Ludwig Erhard soll Bundespräsident werden. Ein Kreis von führenden Politikern der CDU und der CSU, der unter dem Vorsitz Bundeskanzler Dr. Adenauers in Bonn tagte, hat ihn einstimmig als Kandidaten für die Neuwahl des Bundespräsidenten vorgeschlagen. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und die Parteiführungen der CDU und CSU müssen die Nominierung noch bestätigen. Es besteht aber kein Zweifel daran, daß dies geschehen wird. Der Minister befindet sich zur Zeit in Urlaub. Wie gerüchelt wird, soll er dem Bundeskanzler telefonisch zugesagt haben, daß er die Kandidatur annehmen will.

Die Entscheidung für Erhard scheint dadurch herbeigeführt worden zu sein, daß die SPD ihren Vizepräsidenten im Bundestag, Prof. Carlo Schmid, aufgestellt hat. Von diesem Tage an war man sich bei der CDU/CSU darüber im klaren, daß die Partei nur mit einem äußerst zugkräftigen Kandidaten Erfolg haben könne.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.



BILDER DER WOCHE. Oben: Von Großbritannien nach Berlin. Dieser Tage traf in Spandau das „1. Bataillon of the Kings Own Scottish Borderes“ ein, das ein anderes, bisher in Berlin stationiertes britisches Bataillon ablöst. — Unten: Fußball-Nationalspieler Uwe Seeler heiratete in Hamburg. Tausende von Hamburgern nahmen die Gelegenheit wahr, ihr Sportidol einmal im Smoking zu sehen.

